

Frank Kerschowski

Die Deutsche Einheit und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung

Skript

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 2024 GRIN Verlag
ISBN: 9783964878557

Dieses Buch bei GRIN:

<https://www.grin.com/document/1443213>

Frank Kerschowski

Die Deutsche Einheit und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

http://www.twitter.com/grin_com

Die deutschen Einheit und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung

von Frank Kerschowski

Der deutsche Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Leibniz (1646 - 1716) umschrieb seine unmittelbare Lebensumwelt als die „bestmögliche aller Welten“ („Gott hat unter allen möglichen Welten die beste geschaffen. Da er allmächtig, allwissend und allgütig ist, musste er das auch. Die in der Welt vorkommenden Übel stehen dem nicht entgegen“). Weiterhin erkannte er: „Jeder Mensch besitzt Fähigkeiten zur vernünftigen Lebensführung“.

Auch im bundesdeutschen Wahlkampf von 2017 umschrieb eine große deutsche Volkspartei unsere unmittelbare Lebensumwelt mit dem Slogan „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“. Aber bilden diese beiden doch recht positiven Charakterisierungen auch wirklich die realen Befindlichkeiten der heutigen Bevölkerung ab?

Nun war das Empfinden von Freiheit und Lebensglück eines Philosophen und Gelehrten des ausgehenden 17. Jahrhunderts sicher ein gänzlich anderes, als das der Mehrheit der Bevölkerung der damaligen Zeit. Er, der ganz sicher zur Elite der damaligen Epoche gehörte und die Gunst seines Landesfürsten genoss, ihm gegenüber dagegen eine zumeist besitzlose und rechtlose Bevölkerung.

Auch die im Wahlkampf geäußerte Einschätzung der erwähnten Partei hat sicher wenig mit den subjektiven Empfindungen der deutschen Bevölkerung zu tun und hängt vielmehr von den jeweiligen Lebensumständen jedes Einzelnen ab.

So hatten beispielsweise die Menschen im Osten Deutschlands vor 30 Jahren ganz andere Probleme zu bewältigen, welche sie vorher noch gar nicht kannten und dem zufolge auch nicht bewältigen mussten. Wie aber lässt sich nun genau definieren, in welcher historischen Gesellschaftsordnung die Lebensumstände der Menschheit am optimalsten waren (bzw. sind), um damit Rückschlüsse auf künftige Gesellschaftsmodelle treffen zu können?

Die deutsche Einheit - Glücksfall oder Katastrophe?

Diese Frage stellt sich sinnigerweise und lässt sich, je nach individueller Erfahrungen der betroffenen Personen aus der Gesellschaft der untergehenden DDR recht unterschiedlich beantworten. Doch bereits die Wort-Definition „Deutsche Einheit“ ist nicht unumstritten. Ebenso wenig wie der oft benutzte Begriff der „Deutschen Wiedervereinigung“. Eine Wiedervereinigung zu welchem Staat eigentlich? Deutschland?

Diesen Staat gab es allerdings in dieser Lesart erst seit dem Jahre 1949 und dies sowohl in Ost (der DDR) als auch in West (der BRD).

Wenn man also den Begriff einer „Wiedervereinigung“ verwenden würde, so definitiv nicht eine zu einem „Gesamtstaat Deutschland“, da dieser Staat als offizielle Staatsform vor dem Jahre 1949 noch gar nicht existierte. Vielmehr hieße dieser Staat, wenn es sich hier um die Begrifflichkeit einer „Wiedervereinigung“ handelte, nicht Deutschland, sondern „Deutsches Reich“. Dieses bestand bekanntlich bis zum Ende des zweiten Weltkrieges.

Erst die Schaffung der 4 Besatzungszonen durch die Beschlüsse der Konferenz von Jalta und der Konferenz von Potsdam im Jahre 1945 löste dieses „Deutsche Reich“ letztendlich auf.

Was folgte waren zwei nicht unterschiedlich sein könnende deutsche Teilstaaten, ein sowjetisch beeinflusster Teil-Staat namens DDR und ein vor allem anglo-amerikanisch beeinflusster Teil-Staat namens BRD. Britische und französische Einflüsse fallen dagegen etwas weniger ins Gewicht.

Nun war die Geschichte dieser (Wieder)-Vereinigung eine mehr als ungewöhnliche: In einer Zeit, als die ehemaligen Staaten des Ostblocks sich eher entzweiten, als eine Vereinigung anzustreben, wie beispielsweise in der ehemaligen Sowjetunion, im ehemaligen

Jugoslawien und der ehemaligen CSSR, dachte man in beiden deutschen Staaten eher über eine Vereinigung beider deutscher Staaten (der BRD und der DDR) nach.

Umstritten sind aber auch die Vorgänge in der DDR, welche letztlich zu dieser Einheit führten. So waren die im Herbst des Jahres 1989 beginnenden Proteste gegen die politische Situation in der DDR, noch nicht auf die Abschaffung des Staates DDR und die alsbaldige Vereinigung mit der BRD gerichtet, sondern hatten vielmehr schnellstmögliche Neuwahlen, unter Zulassung der neu gegründeten demokratischer Parteien, sowie eine Reformierung der DDR zum Ziel.

Durch die von der damaligen DDR-Regierung veranlasste Grenzöffnung am 09./10. November 1989, mit dem Zweck der Verhinderung weiterer Proteste in der DDR, hatte dagegen einen gegenteiligen Effekt. Die vermeintlichen „Rädelsführer“ der damaligen „Montags-Demonstrationen“ waren nämlich keinesfalls, wie von der Staatsführung gewünscht, im „Westen“ geblieben, die Demonstrationen führten aber nun zu einer gänzlich neuen Qualität der Proteste.

Nun demonstrierten nicht nur vor allem aus dem kirchlichen Milieu stammende Gruppierungen, welche eine Reform der Lebensverhältnisse in der DDR zum Ziel hatten, sondern auch aus einem gänzlich anderen politischen Milieu stammende Demonstranten, welche nicht die Reform, sondern die Abschaffung der DDR und die schnellstmögliche Vereinigung mit der BRD zum Ziel hatten.

Diese Entwicklung wurde allerdings auch von den westlichen Medien forciert, welche als Berichterstatter nach der Grenzöffnung in die DDR kamen, um über die politischen Ereignisse in der DDR zu berichten. Ein Beispiel hierfür sind die nunmehr skandierten Rufe von „einem Volk“ und die mittlerweile professionell produzierten Transparente, mit der Darstellung eines sich

zusammenfügenden Gesamt-Deutschlands, bei den Demonstrationen in den Städten der DDR. Allerdings war das demonstrierende Klientel nun ein gänzlich anderes, als die bislang demonstrierenden Bürgerrechtsbewegungen, jetzt gingen auch Bevölkerungsgruppen auf die Straße, welche vorher passiv zu Hause an den Fernsehgeräten saßen und diese Demonstrationen im TV mitverfolgt hatten.

Dazu muss man allerdings auch wissen, dass sich die ökonomischen Verhältnisse der DDR in den späten 80-er Jahren, durch die „Anpassung“ des Ölpreises an die geltenden Weltmarktpreise durch die Sowjetunion drastisch verschärft hatten. Musste die DDR in den 1970-er Jahren noch 13 Rubel pro geförderte Tonne Rohöl bezahlen, so waren es ab 1985 schon 168 Rubel, welche die DDR und andere RGW-Staaten für eine Tonne russisches Erdöl zahlen mussten.

In ähnlicher Weise verteuerte die Sowjetunion auch die Kosten für Erdgas, welches ebenfalls durch Pipelines in die DDR gelangte, obwohl die DDR den „Löwenanteil“ der Arbeiten beim Bau der „Erdgas-Trasse“ geleistet hatte und sich hierfür auch bei westdeutschen Banken verschuldet hatte.

Um diese Kosten nicht ins Unermessliche wachsen zu lassen, wurde in der DDR wieder verstärkt auf Braunkohle, dem Hauptenergieträger der DDR gesetzt und der Abbau der Kohle weiter gesteigert. Was die Umweltproblematik des Landes allerdings wesentlich verschlimmerte, wenn man sich vor Augen führt, dass die DDR in den 1980-er Jahren der größte Braunkohleförderer und Nutzer weltweit war.

Die sich ändernde Qualität der Montags-Demonstrationen ermutigte schließlich auch den Bundeskanzler Helmut Kohl zu seinem „10-Punkte-Programm“, welches er am 28. November 1989 im Deutschen Bundestag vorstellte. In diesem 10-Punkte-Programm forderte Helmut Kohl noch keine „Deutsche Einheit“,